

Das Schweizer Stiftungsrecht

Massgebliche Änderungen per 1. Januar 2006

Wesentliche Gesetzesänderungen

Revisionsstelle Art. 83a ff ZGB

Stiftungen müssen ab dem 1. Januar 2006 eine Revisionsstelle oder allenfalls sogar eine Revisionsstelle mit besonderer Befähigung bezeichnen und im Handelsregister eintragen. Nur in Ausnahmefällen kann die Aufsichtsbehörde die Stiftung von der Revisionspflicht befreien.

Siehe nebenstehende Entscheidungshilfe!

Gilt nicht für Stiftungen, die dem BVG unterstellt sind. Solche Stiftungen müssen bereits bisher in jedem Fall eine Revisionsstelle bezeichnet haben.

Zweckänderungs- vorbehalt Art. 86 ff ZGB

Der Stifter hat künftig bei der Stiftungsgründung die Möglichkeit, sich in der Stiftungsurkunde eine Änderung des Zweckes vorzubehalten, um den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können. Eine Zweckänderung kann auf Antrag des Stifters oder aufgrund einer Verfügung von Todeswegen erfolgen, wenn seit der Errichtung der Stiftung oder der letzten Änderung mindestens 10 Jahren verstrichen sind.

Der Zweckänderungsvorbehalt ist für bestehende Stiftungen nicht anwendbar. Bestehende Stiftungen haben zwei Möglichkeiten:

1. Liquidation der Stiftung, weil der Stifter die Stiftung finanziell nicht mehr unterstützt und die Mittel aufgebraucht sind. Anschliessend kann der Stifter eine neue Stiftung mit dem neuen Zweckänderungsvorbehalt gründen.
2. Der Stifter beantragt zusammen mit dem Stiftungsrat bei der zuständigen Aufsichtsbehörde eine Zweckänderung nach Art. 86 Abs. 1. Die Aufsichtsbehörden haben sich in den letzten Jahren bereits recht liberal mit Zweckänderungen gezeigt, auch darum, weil vielfach der Stiftungszweck möglichst weit gefasst wurde.

Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit Art. 84a ZGB

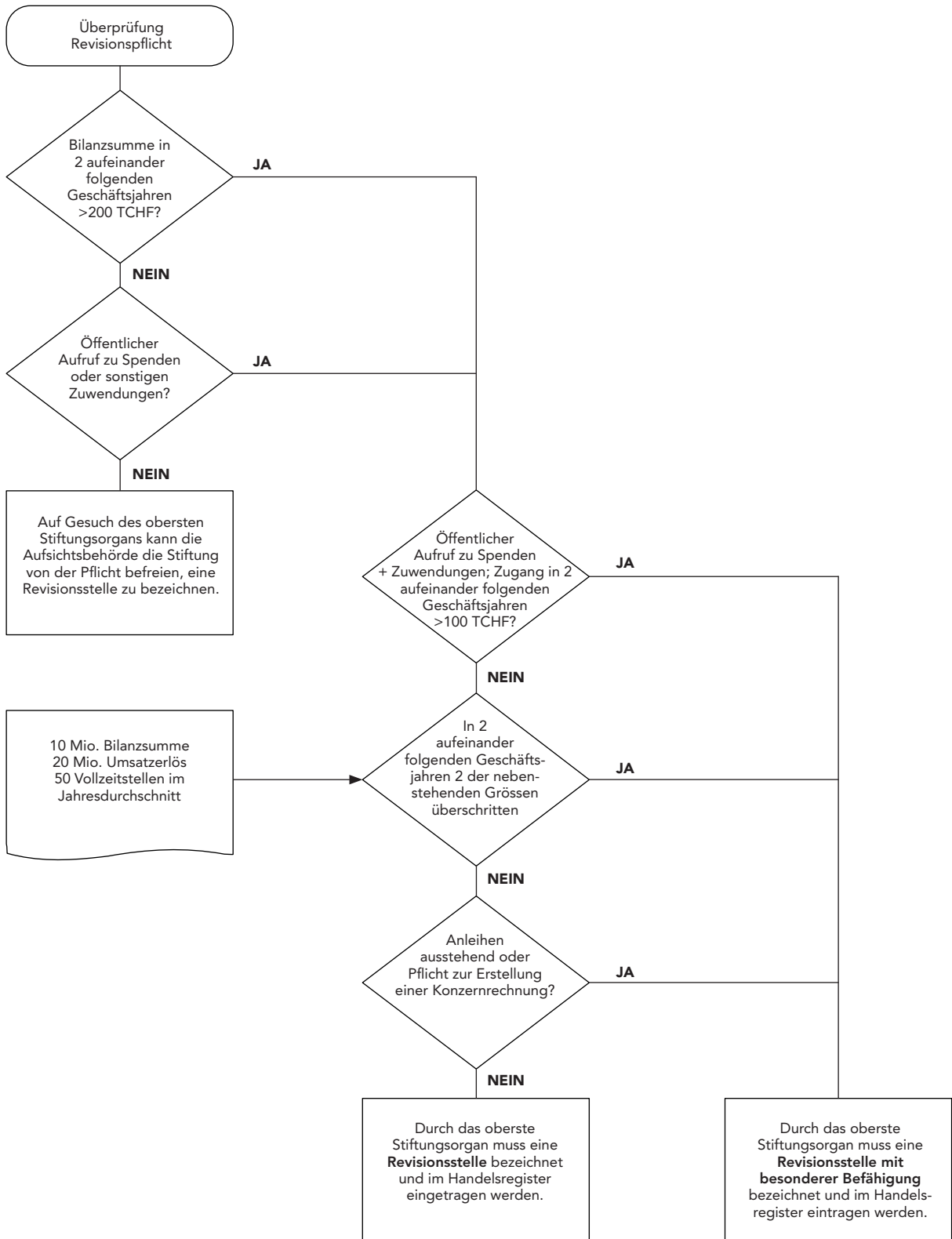
Besteht begründete Besorgnis, dass die Stiftung überschuldet ist oder ihre Verbindlichkeiten längerfristig nicht mehr erfüllen kann, so muss das oberste Stiftungsorgan eine Zwischenbilanz zu Veräusserungswerten erstellen und der Revisionsstelle zur Prüfung vorlegen. Muss die Überschuldung bzw. die Zahlungsunfähigkeit bestätigt werden, legt die Revisionsstelle die Zwischenbilanz der Aufsichtsbehörde vor. Diese hält das oberste Stiftungsorgan zur Einleitung der erforderlichen Massnahmen an. Nötigenfalls beantragt die Aufsichtsbehörde vollstreckungsrechtliche Massnahmen analog den aktienrechtlichen Bestimmungen über die Eröffnung oder den Aufschub des Konkurses.

Eintragung Handelsregister HRegV

Die Handelsregisterverordnung wird dahingehend angepasst, dass künftig folgende Sachverhalte eingetragen werden müssen:

- das Vorhandensein eines Zweckänderungsvorbehalts
- die Revisionsstelle oder die Verfügung der Befreiung
- alle zur Vertretung der Stiftung berechtigten Personen mit Hinweis auf die Zeichnungsart
- alle nicht zeichnungsberechtigten Mitglieder des obersten Stiftungsorgans

Ist Ihre Stiftung verpflichtet, eine Revisionsstelle zu benennen?



Steuerliche Abzugsmöglichkeiten direkte Steuern

Mit der Revision des Stiftungsrechts erfolgt auf den 1. Januar 2006 auch eine Anpassung der steuerrechtlichen Bestimmungen der **Direkten Bundessteuer**. Dies eröffnet neue und interessante Möglichkeiten bei Spendenaktionen und Fundraising-Projekten. So wird der **Spendenabzug von 10 % auf 20 %** des Reineinkommens bzw. Reingewinnes des Spenders erhöht. Ebenfalls werden künftig nicht reine Geldspenden also auch «übrige Vermögenswerte» wie beispielsweise Grundstücke oder Kunstgegenstände zum Abzug zugelassen.

Die **kantonalen Behörden** sind aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes frei in der Festsetzung des Spendenabzuges. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch hier entsprechende Anpassungen bzw. Erhöhungen für die kantonalen Steuern vorgenommen werden.

Steuerpflicht Mehrwertsteuer

Bis anhin bestand für gemeinnützige Organisationen beim **Erhalt von Beiträgen und Zuwendungen jeweils ein Risiko, steuerpflichtig zu werden** bzw. auf den erhaltenen Beiträgen und Zuwendungen die Mehrwertsteuer abliefern zu müssen, wenn mit dem Beitrag eine Gegenleistung in Form einer «Werbeleistung» verbunden war.

Das Risiko bestand bei der **Abgrenzung**, ob die Nennung des Namens oder die Darstellung des Firmenlogos in Publikationen der gemeinnützigen Organisation als Gegenleistung für die Beiträge und somit als Werbung zu betrachten sei und die Beiträge entsprechend als steuerpflichtiger Umsatz zu deklarieren waren.

Neu wurde im Mehrwertsteuergesetz der Artikel 33a eingefügt, welcher die Bestimmungen für Beiträge an und von gemeinnützigen Organisationen präzisiert.

Gemeinnützige Organisationen erbringen **keine Gegenleistung, wenn:**

- der Name oder die Firma des Beitragszahlers einmalig oder mehrmalig in einer Publikation ihrer Wahl in neutraler Form genannt wird, oder
- bloss das Logo oder die Originalbezeichnung der Firma verwendet wird.

Diese Bestimmungen gelten sowohl bei Beitragszahlungen wie auch bei Zuwendungen von Naturalien.

Die gemeinnützigen Organisationen sind ein Spezialfall in der Mehrwertsteuer-Landschaft. Nicht selten gelten allgemeine Regelungen für gemeinnützige Organisationen nur bedingt oder mit speziellen Auflagen. Auch diese neue Gesetzesbestimmung wird in der Praxis Abgrenzungsfragen aufwerfen, welche noch zu klären sind. Es bestehen jedoch auch verschiedenste Chancen und Vereinfachungen, die es zu nutzen gilt.

Bern, November 2005

Verfasser: Von Graffenried AG Treuhand
Waaghausgasse 1, Postfach
3000 Bern 7

Telefon +41 31 320 56 11
Fax +41 31 320 56 90
treuhand@graffenried.com
www.graffenried.com

Herausgeber: SwissFoundations
Geschäftsstelle
Heinrichstrasse 276e
8005 Zürich

Telefon +41 44 440 00 10
Fax +41 44 440 00 11
info@swissfoundations.ch
www.swissfoundations.ch



VON GRAFFENRIED AG TREUHAND